Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	23.06.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Ausbau der Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock

Sachverhalt:

Ausgangspunkt

Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes hat der damalige Bundespräsident Joachim Gauck im Mai 2015 den Ehrenfriedhof in Schloß Holte-Stukenbrock besucht. Er trat in seiner Rede der Gedenkveranstaltung dafür ein, die im Stalag 326 ums Leben gekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem "Erinnerungsschatten" zu holen. Mit Erinnerungsschatten wird beschrieben, dass das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen - trotz der zum Teil langjährigen Aktivitäten von vor allem zivilgesellschaftlichen Akteuren – in der deutschen Erinnerungskultur nur unzureichend aufgearbeitet und ausgeleuchtet ist. Seit 1997 betreibt der Förderverein Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne e.V. eine Gedenkstätte, u.a. mit einer Dauerausstellung zur Geschichte des Stalag 326 in der ehemaligen Arrestbaracke. *„Und für uns bleibt festzuhalten, dass der millionenfache Tod derer, die unter der Verantwortung der Deutschen Wehrmacht starben, eines der größten deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs gewesen ist. Viele wollten das nach dem Krieg lange nicht wahrhaben. Aber spätestens heute wissen wir: Auch die Wehrmacht hat sich schwerer und schwerster Verbrechen schuldig gemacht.“* (Joachim Gauck)

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 19.06.2021 erneut die Aufmerksamkeit auf das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen gerichtet. *„Und doch sind diese Millionen Opfer nicht so tief in unser kollektives Gedächtnis eingeebrannt, wie ihr Leid und unsere Verantwortung es erfordern.“*

Die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen haben in der Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft bisher keinen angemessenen Ausdruck gefunden. Die Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326 kann eine wichtige Schlüsselrolle bei der Aufarbeitung dieses grauenvollen Kapitels der nationalsozialistischen Verbrechen einnehmen.

Im Anschluss an die Rede von Bundespräsident Gauck wurde auf Initiative von Landtagspräsident André Kuper eine Lenkungs- und Steuerungsgruppe zur Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326 eingesetzt. Diesem Gremium gehören politische und zivilgesellschaftliche Vertreter*innen an.

Das Stammlager VI K (326) wurde von 1941 bis 1945 von der Wehrmacht betrieben und diente vor allem als Rekrutierungs- und Durchgangslager für mehr als 300.000 sowjetische Kriegsgefangene, die zum Teil als Zwangsarbeiter in umliegenden Höfen und Betrieben sowie im Ruhrbergbau eingesetzt wurden. Es gab nach 1945 verschiedene Nachnutzungen (u.a. als Internierungslager der britischen Armee für NSDAP-Funktionäre und mutmaßliche Kriegsverbrecher, als Lager für Vertriebene und Geflüchtete, seit den 1970er Jahren als Ausbildungsstätte der Polizei), die nach Auffassung des LWL bei der Konzipierung der neuen Gedenkstätte berücksichtigt werden sollen.

Vom LWL beauftragte Machbarkeitsstudie sowie Konzeptpapier zur Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326

Die Lenkungsgruppe beauftragte den LWL mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie. Diese wurde im Sommer 2020 vom international renommierten Atelier Brückner vorgelegt. Aufbauend auf der Machbarkeitsstudie wurde vom LWL ein Konzeptpapier für die Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326 erstellt.

Studie und Konzeption sind einsehbar unter :

https://www.lwl.org/de/LWL/Der_LWL/newsroom/dossiers/gedenkstattenausbau-des-kriegsgefangenenlagers-stalag-326/infomaterial/

Die Konzeption folgt dem Leitnarrativ „Das Lager wurde überall gemacht“. Es geht um eine neue erweiterte Perspektive, indem die Funktion des Lagers als System betont wird. Als Durchgangslager und Verteiler für die Einsätze der Gefangenen in vielen Arbeitslagern war das Lager nicht räumlich beschränkt auf den Ort Stalag 326. Es kam vielmehr überall an in der deutschen Gesellschaft, denn die Gefangenen wurden in viele Arbeitslager verteilt und eingesetzt: im Ballungsraum des Ruhrgebietes, in Städten und ländlichen Gebieten, im Bergbau, in der Industrie, im Handwerk und in der Landwirtschaft. So kann der Blick geöffnet und geweitet werden für das Zusammenwirken unterschiedlicher Institutionen des NS-Regimes und die vielfältigen Verflechtungen in die deutsche Gesellschaft. Damit wird auch die Rolle der deutschen Bevölkerung anders gefasst, eben nicht nur als Zuschauer, sondern auch als Profiteure oder Verantwortliche eines gigantischen Lagersystems.

Investitionsbedarf und bisherige Förderzusagen

Auf Basis der Machbarkeitsstudie wurde im Herbst 2020 bei der Staatsministerin für Kultur und Medien (BKM) ein Förderantrag gestellt. Dieser Antrag wurde von einem Expert*innengremium bei der BKM positiv beschieden. Dies war die Voraussetzung für eine Bundesförderung i. H. v. 25 Mio. € für die Investitionen. Das Land NRW beteiligt sich an den Investitionskosten in gleicher Höhe. In Bezug auf die in der Machbarkeitsstudie genannten Gesamtinvestitionen in Höhe von 60 Mio. € fehlen aktuell noch 10 Mio. €, deren Herkunft offen ist.

Geschätzte laufende Kosten und deren Finanzierung

Die Machbarkeitsstudie nennt als jährliche Betriebskosten eine Summe von 5,6 Mio. €. Wie und durch wen diese Finanzierung sichergestellt wird, das ist noch zu klären. Es laufen derzeit Gespräche mit verschiedenen Gebietskörperschaften, die als Ko-Finanziers neben dem LWL gewonnen werden sollen.

Trägerkonzeption

Die Gedenkstätte soll sich in Trägerschaft einer Stiftung des bürgerlichen Rechts

befinden, deren Gründung noch für das Jahr 2021 geplant ist. Der LWL erarbeitet derzeit den ersten Entwurf einer Stiftungssatzung, der allen dann beteiligten Kommunen zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Es wird voraussichtlich folgende Gremien geben: Stiftungsrat, Vorstand, wissenschaftlicher Beirat sowie einen Beirat gesellschaftlicher Gruppen.

Vorlaufbetrieb

Nach der Stiftungsgründung soll ein Vorlaufbetrieb mit Stellen etabliert werden, von denen aus Aufbauarbeiten erfolgen. Das sind nach derzeitigem Stand Stellen für die Projektkoordination, Verwaltung, ein/e Wissenschaftliche/r Mitarbeiter*in mit Schwerpunkt auf Inhalten, ein/e Wissenschaftliche/r Mitarbeiter*in mit Schwerpunkt auf Bau, Gedenkstättenpädagogik, Digitale Vermittlung/digitales Konzept, Internationale Kontakte, Presse/Öffentlichkeitsarbeit. Der geplante Architekturwettbewerb kann erst auf der Grundlage weiterer Arbeiten angestoßen werden.

Zeitplanung des LWL

Die LWL-Kulturabteilung bereitet für den nächsten LWL-Kulturausschuss am 15.9.2021 einen Grundsatzbeschluss zur Verteilung der Betriebskosten der beteiligten kommunalen Körperschaften vor. Als Eckdaten soll diese Beschlussvorlage voraussichtlich folgende Positionen aufgreifen: 1. Projektbeschreibung und Bedeutung, 2. Bildungsangebote, 3. Meilensteine im vergangenen halben Jahr, 4. Nächste Schritte (u.a. Stiftungsgründung, Stimmenverteilung, Vorlaufbetrieb).

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Dr. Witthaus
Beigeordneter